

KURSWECHSEL IN BERLIN

Der Herbst der falschen Gesten

Nach einem Jahr des vorsichtigen Austarierens würden jetzt Beschlüsse gefasst, verkündete die deutsche Kanzlerin Angela Merkel am Ende der Sommerpause. Und marschiert seither in die Sackgasse.

VON WOLFGANG STORZ, FRANKFURT

Weil alle, die eigene Partei wie die anderen, die Öffentlichkeit wie die veröffentlichte Meinung, sie bedrängten, fing die Kanzlerin vor einigen Wochen mit dem Entscheiden an: das neue Energiekonzept, die Gesundheitsreform, die neuen Hartz-IV-Gesetze, das Bahnprojekt «Stuttgart 21». Seit Angela Merkel entscheidet, ist klar, wie prekär es politisch um sie und ihre Koalition bestellt ist. Denn es stellt sich heraus, dass dieser Regierung die Instinkte abhandengekommen sind. Die von Anfang an umstrittene Steuerbefreiung für Hoteliers, die inzwischen sogar den eigenen Leuten peinlich ist, war nicht ein einmaliger Fehltritt, sondern der erste von vielen. Bei jedem Thema entscheidet sich die Kanzlerin gegen klare Mehrheiten in der Bevölkerung, teilweise sogar gegen klare Mehrheiten bei der eigenen bürgerlichen Klientel: eine Kanzlerin, entschlossen auf dem Weg in die Sackgasse.

Angela Merkel hatte sich in den vergangenen stürmischen Jahren der grossen Koalition fast schlafwandlerisch sicher überparteilich positioniert und sich aus den anhaltend hohen Spitzenwerten bei Meinungsumfragen quasi eine kugelsichere politische Weste zugelegt. Zur Erinnerung: Nach einem schlechten Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005, mit dem sie weit hinter allen Erwartungen zurückblieb, konnte sie sich trotzdem gegen alle Männerkonkurrenz innerhalb und ausserhalb ihrer Partei als Kanzlerin durchsetzen und etablieren. Zwar beförderte sie mit ihrer Politik – unter anderem wegen der konsequenten Deregulierung der Finanzmärkte – die Finanzmarktkrise erst sehr. Als diese jedoch da war, legte sie zusammen mit ihrem Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) ein passables Krisenmanagement an den Tag; unter anderem in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften. Ihr Meisterstück: Nach vier Jahren grosser Koalition landete ihr Koalitionspartner SPD bei der letzten Bundestagswahl im vergangenen Herbst 2009 im Keller bei etwa 24 Prozent, während sie sich mit einem annehmbaren Ergebnis für die Union als Kanzlerin in die konservativ-liberale Wunschkoalition rettete. Nichts davon war souverän und elegant – aber von alleine kommt eine solche Leistung auch nicht.

Die Orientierung verloren?

Angela Merkel verantwortete bisher eine Politik, die niemanden so richtig zufriedenstellte, grosse Mehrheiten jedoch irgendwie zustimmen liess und die vor allem nie polarisierte. Sie besetzte jene imaginäre politische Mitte, von der keiner genau weiss, wo sie ist, weil sie nicht nur mit realen Entscheidungen, sondern auch mit Rücksichtnahmen und Einbindungen, mit unberechenbaren, wechselnden Stimmungen zu tun hat.

Nun sieht es aus, als habe sie, mit dem politischen Leichnam FDP an ihrer Seite, die Orientierung verloren.

Da gab es vor wenigen Wochen die Entscheidung über das neue Energiekonzept, das Merkel «weltweit beispielhaft» nennt und in

dem tatsächlich viel von erneuerbaren Energien und der Schaffung von intelligenten Netzen und anderen guten Dingen die Rede ist. Nur: Vor allem steht darin übergross der Deal mit den Atomkraftkonzernen – mit Konzernen also, denen fast alle, bis tief in das bürgerlich-konservative Lager hinein, nur Schlechtes und zuallererst eine fragwürdige bis skrupellose Preispolitik zutrauen. Konzerne, die viel längere Laufzeiten für ihre gefährlichen AKWs einsacken, als sie je erwartet haben; und jedes Jahr länger ist verdammt viel Geld.

Dazu kam die Entscheidung über die Hartz-IV-Gesetzgebung. Ursula von der Leyen, die CDU-Arbeits- und Sozialministerin, die bisher mit dem Reden über das Soziale und der einen oder anderen sozialen Geste auffiel, kann noch so energisch strahlen und lächeln – die Fünf-Euro-Note macht ihr Lächeln eisig. Fünf Euro mehr sollen Hartz-IV-EmpfängerInnen nach dem Willen der Bundesregierung erhalten; es war im Vorfeld von zwanzig Euro die Rede gewesen. Aber fünf Euro? Nach all dem, was während der Finanzmarktkrise passiert ist, was die Öffentlichkeit inzwischen weiss über Bonizahlungen und Managergehälter, wird eine solche Geste zwangsläufig zu Hohn und Demütigung – für jene, die betroffen sind, und für jene, die wenigstens ein bisschen mit den Betroffenen fühlen.

Merkels Basta-Politik

Dann war da in dem von Merkel angekündigten «Herbst der Entscheidungen» der Beschluss zum Gesundheitssystem und dem langsamen Einstieg in die Kopfpauschale. Die Unternehmen werden nach und nach aus der gemeinsamen Verantwortung entlassen, und die Verkäuferin zahlt bald so viel ein wie der Manager. Damit wird eine bewährte Finanzierung eines leistungsfähigen Gesundheitssystems mutwillig aufgekündigt – ungeachtet aller Notwendigkeiten, dieses System zu verändern.

Schliesslich folgte auch noch das grosse Bekenntnis der Kanzlerin zu «Stuttgart 21», jenem unterirdischen Bahnprojekt, das in diesen Tagen Stuttgart und ganz Baden-Württemberg auf den Kopf stellt und in unversöhnliche Hälften teilt.

Keine Frage: Im Prinzip sind das politische Entscheidungen, die zu dieser Regierung passen. Also eher für die Kopfpauschale, eher für Atomenergie, eher für ein starres Festhalten an einmal gefassten Parlamentsbeschlüssen. Aber unter den heutigen Gegebenheiten ist es eben eine Kopfpauschale zu viel, sind es einige Jahre Laufzeit zu viel, sind es einige Euros zu wenig und ein Wort zu scharf.

Wegen dieser Übertreibungen werden die Entscheidungen von Angela Merkel zu politischen Gesten, die über die eigentliche realpolitische Bedeutung der jeweiligen Entscheidungen hinausreichen. Die Kopfpauschale zeugt vom alten Marktradikalismus der Kanzlerin, nach dem jene, die wenig, und jene, die sehr viel verdienen, gleichermaßen zur Kasse gebeten werden. Die fünf Euro sagen: «Wir las-

sen euch dort, wo ihr seid – ganz unten, abgehängt.» Die vielen Jahre Laufzeitverlängerung vermitteln: «Wir halten es mit den alten gefährlichen Energien und nicht mit der erneuerbaren Energiezukunft.» Und: «Was scheren uns eure Ängste, die Atommeiler in Zeiten des Terrors und herumliegender Atommüll verursachen.» Und das scharfe Wort zu «Stuttgart 21» sagt: «Demonstriert ihr nur, das ist mir doch egal.»

Mit all diesen Entscheidungen werden nicht die Linken provoziert. Die haben das nicht anders erwartet. Mit jeder dieser Entscheidungen stösst die regierende Union auch nennenswerte Teile ihrer Klientel vor den Kopf, die sie mit ihrer Modernisierungspolitik gewonnen hat. Die schrumpfende Gruppe der Hardliner wird sich freuen. Aber was will Merkel mit denen anfangen?

Entscheidungen kann man korrigieren. Politische Gesten nicht, sie brennen sich ein in das kollektive Gedächtnis.

Durch den Wind?

Dabei sind es nicht einmal Gesten des – von Merkels Lager eingeforderten – Konservatismus. Denn Konservatismus bedeutet unter anderem: das Bewährte bewahren, das Vorhandene nur behutsam ändern, die Schöpfungen schützen, den Hilfsbedürftigen helfen. Es sind Gesten einer Politik der Re-Ideologisierung und des Zerstörerischen: der Zerstörung von Vertrauen, der Missachtung von Ängsten, dem Fehlen von Respekt. Angela Merkel fällt in diesem Herbst von einem Extrem ins andere, von der Abschaffung zur Wiederherstellung der Wagenburg.

Aber warum irrlüchert Angela Merkel? Hierfür bieten sich mehrere Antworten an.

Die Widerstände gegen ihre Politik der gesellschaftlichen Modernisierung – enge Abstimmung in sozialen Fragen mit Gewerk-

schaften, die Gesellschaft in sexuellen und religiösen Fragen öffnen, keine Polarisierung gegen den Islam, eine verbal harte Linie gegen verantwortliche FinanzmarktakteurInnen – sind so stark geworden in den eigenen Reihen, dass sie sich zurzeit nicht durchsetzen kann. Das wäre kein Novum: Sogar der im Nachhinein so stark wirkende Helmut Kohl konnte sich Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre nur sehr mühsam und manchmal gar nicht gegen die europaskeptischen Kreise in seiner Union durchsetzen.

Die zweite Variante: Merkel hat tatsächlich kein politisches Koordinatensystem, sondern moderiert die politischen Verhältnisse, in denen sie sich gerade befindet. Entsprechend ist sie eher mal gegen und eher mal für Atomenergie, eher gegen oder eher für die Kopfpauschale.

Die dritte Antwort: Sie ist tatsächlich politisch durch den Wind, weil sie es in der Regierung mit zwei Partnern zu tun hat, die so schlecht und unprofessionell handeln, wie es niemand erwartet hatte: Horst Seehofer, der bayrische CSU-Chef und Ministerpräsident, gilt inzwischen zurecht als jemand, der beinahe täglich ohne Not Positionen wechselt und deshalb immer weniger ernst genommen wird. Und die FDP befindet sich mit ihrem Parteivorsitzenden, dem Aussenminister und Vizekanzler Guido Westerwelle, im freien Fall – so liegt sie in den jüngsten Meinungsumfragen bei inzwischen unter fünf Prozent.

Vielleicht – und das wäre die vierte Variante – zeigt sich jetzt die echte Angela Merkel. Endlich kann sie sich politisch ausleben: Noch möglichst lange möglichst viel Atomenergie, ein ungerechtes Gesundheitssystem mit Kopfpauschale, hart gegen BürgerInnen vorgehen.

Möglicherweise aber ist es – zusammen mit dem Druck aus Konzernnetzen und der Finanzmärkte – eine Mischung aus allem.